

## Von der Frauenbewegung zu Gender Mainstreaming

Vortrag gehalten beim Herbstforum der  
Frauenbrücke Ost-West  
am 7.10.2006  
in Hannover

von  
**Ursula G. T. Müller**

Es war ein ganz gewöhnlicher Tag. Ich saß entspannt vor meiner Tageszeitung. Da fiel mein Blick auf die untere Hälfte der Titelseite. Dort wurde berichtet, wie sich essgestörte junge Frauen und Mädchen in ihrem krankhaften Hungern im Internet und durch e-bay gegenseitig bestärken.. „Oh nein“, entfuhr es mir, „das darf doch nicht wahr sein!“ Erst vor wenigen Tagen hatte ich die neuesten Statistiken über die Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen gelesen; Fraueneinkommen aus Erwerbsarbeit liegen nun schon seit Jahrzehnten relativ konstant bei 75% der Männereinkommen. „Immer noch nichts Neues“, hatte ich damals gedacht. Auch auf die geschlechtsspezifische Verteilung von Minijobs und Tätigkeiten im Niedriglohnsektor war hingewiesen worden. Frauen dominieren dort mit über 70%. „Erschreckend!“, war es mir entfahren. Schon vor Jahren gab es Warnungen vor einer erneuten Altersarmut von Frauen. 75% der Frauen seien davon bedroht, hieß es. Angesichts der Einkommenssituation eine realistische Prognose. Lange war ja der Begriff „Altersarmut von Frauen“ aus den Medien verschwunden, hatte die sog. Kinderarmut Schlagzeilen gemacht. Ich sage „sog.“, weil zu jedem armen Kind arme Eltern/-teile gehören, die bei der Diskussion gerne ausgeblendet werden. Jetzt kehrt also in den Medien die Bedrohung für alte Frauen zurück. A propos Medien. Da gab es doch kürzlich auch einen anderen Bericht über die Unterrepräsentanz von Frauen in den Medien.

Inzwischen war ich schon so genervt, dass ich zu einer Fernsehzeitschrift griff, um zu schauen, wie ich mich ablenken könnte. Deshalb sah ich mir die Seite mit den Spielfilmen der Woche an. Mein Blick fiel auf das Foto eines angekündigten Films. Darauf waren eine Frau und ein Mann zu sehen; in der Bildunterschrift wurde jedoch nur der Name des Schauspielers erwähnt, nicht der seiner Berufskollegin. Zufall? Ich schaute mir weitere Filmfotos an. Überall dasselbe. Von einer Ausnahme abgesehen blieben die Schauspielerinnen sämtlich incognito. „Das ist ja unmöglich!“ platzt es aus mir heraus. „Man gibt den Leserinnen und Lesern keine Chance, sich die Namen der Akteurinnen einzuprägen.“ Dass dieser dann im Text erschien, wetzte die Scharte nicht aus, schließlich fällt der Blick immer erst auf die Bilder, der zugehörige Text wird manchmal gar nicht erst gelesen.

Wütend knallte ich die Zeitschrift in die Ecke und nahm mir statt dessen meine Post vor. Von einer gesellschaftskritischen Organisation war ein Rundbrief gekommen, worin zu einer Fortbildungsveranstaltung eingeladen wurde. „Vergesst die Badehose nicht!“, hieß es darin im Schlusssatz, nicht etwa „Vergesst eure Schwimmsachen nicht!“

Sie werden es sicher auch kennen: Manchmal kann ein an sich relativ unbedeutendes Ereignis zum Tropfen werden, der das Fass überlaufen lässt. Diese Wirkung hatte die Badehose auf mich. Meine Wut schlug in Verzweiflung um. Nicht angesprochen, unbekannt gehalten, mit geringem Einkommen ausgestattet, an lebensbedrohlichen Krankheiten wie Magersucht leidend, die u. a. durch gesellschaftliche Schönheitsnormen beeinflusst werden, so stellt sich die Situation eines nicht unwesentlichen Teils von Frauen Anfang des 21. Jahrhunderts dar. Dabei konnte ich noch von Glück

sagen, dass mir an dem Tag keine Informationen über weibliche Gewaltopfer in die Hände gefallen waren.

Ich war furchtbar niedergeschlagen. Seit fast 40 Jahren setze ich mich nun dafür ein, die Situation von Frauen zu verbessern und muss immer wieder erleben, dass Frauen ins gesellschaftliche Abseits gedrängt werden. „Ändert sich denn gar nichts?“, fragte ich mich verzweifelt. „Haben denn all die Kämpfe und Maßnahmen wie der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein gewirkt? Waren, statt diesen durch Stetigkeit zu höhlen, nur kurzfristig feuchte Flecken entstanden, bevor auch diese unter der Sonne frauenfeindlicher Herrschaftsverhältnisse aufgezehrt wurden?“

Ende der 60er Jahre war es mir schon einmal ähnlich ergangen. Damals hatte ich dank der Frauengruppen in den USA ein erhöhtes Bewusstsein entwickelt. Ich hatte begonnen, die Unterdrückung und Zweitrangigkeit von Frauen in sehr vielen Facetten zu erkennen, nicht nur die wirtschaftliche Schlechterstellung, nicht nur die geringe Selbstbestimmung über den eigenen Körper, nicht nur das abschätzbare Verhalten Frauen und ihren Anliegen gegenüber, das Nicht-ernst-Nehmen, Lächerlich-Machen sondern auch die Überheblichkeit, mit der Männer glaubten, sie selbst, ihre Bedürfnisse, ihre Lebenssituation repräsentiere das Allgemeine, das Menschliche schlechthin.

Wenngleich es auch zwischen meinen damaligen und meinen heutigen Gefühlen viele Parallelen gibt, so wäre es doch vorschnell, undifferenziert und ahistorisch, wollte ich behaupten, es habe sich nichts geändert. Um eine realistische Einschätzung geben zu können, bedarf es eines genaueren Rückblicks auf die gesellschaftliche und politische Situation Ende der 60er Jahre, auf die Zeit also, als in allen westlichen Ländern eine Neue Frauenbewegung entstand.

In den 60er Jahre begann die westliche Politik des kalten Krieges und des Antikommunismus Risse zu bekommen. Der Wirtschaftsboom hatte nachgelassen, erste Krisen machten klar, dass die kapitalistische Wirtschaftsform instabil war. Ein Interesse an fundierter Gesellschaftskritik und damit an marxistischen Theorien wuchs. In diesem Licht wurden die Krisen als Überproduktionskrisen erkannt, die dem System immanent sind.

Ein ständig konsumierender Mensch, bereit, immer neue, immer mehr Waren zu erstehen, war für die Wirtschaftsläufe notwendig. Das bedeutete, dass nicht länger Sparsamkeit und Einschränkung als Ideale angesehen wurden, lustbetonte Käufe waren jetzt angesagt. Dazu musste sich der Sozialcharakter ändern. Zwanghaftigkeit und Autoritätshörigkeit, Eigenschaften, die mit Genügsamkeit und Akzeptanz einer eigenen untergeordneten Position einhergingen, waren nicht länger funktional für das System. Mit der neuen Bedeutung der Lust gewann auch die Sexualität einen anderen Stellenwert im Alltagsleben. Zudem wurden für die hochtechnisierten Produktionsweisen immer weniger Menschen benötigt, die Bevölkerung brauchte nicht mehr so schnell zu wachsen. Neue Verhütungsmittel machten es leichter möglich, Sexualität von Fortpflanzung zu entkoppeln.

### **1. These:**

**Am Ende der 60er Jahre zeigten sich in der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Industrieländern typische Phänomene der kapitalistischen Produktionsweise, wie die Anfälligkeit für Überproduktionskrisen und die zunehmende Technisierung. Sie erfordern Lust(-käufe) und weniger Arbeitskräfte, eine Entkoppelung von Sexualität und Fortpflanzung lag im gesellschaftlichen Interesse.**

Diese gewaltigen Veränderungen wurden von neuartigen Bewegungen vorangetrieben, die vieles in Frage stellten: in den westlichen Ländern grenzten sich die Studentenbewegungen heftig von den bis dahin dominierenden Autoritäten ab, forderten neue Lehrinhalte, die sich kritisch mit den herr-

schenden Verhältnissen auseinander setzten. Die Hippiebewegung machte Lust zu ihrem Lebenselixier, ohne sie mit Konsum in Verbindung zu bringen (Make love not war! war ein Slogan). Die gegen den Vietnamkrieg gerichtete Friedensbewegung ging auf Konfrontationskurs zur Politik der westlichen Supermacht. Die Antirassismusbewegung in den USA forderte Gleichheit und setzte sich mit ihrer afroamerikanischen Kultur selbstbewusst in Szene (Black is beautiful, lautete die Botschaft). Den Zielen dieser Gruppierungen gemeinsam war, dass es ihnen – anders als früheren politischen und sozialen Bewegungen – nicht um rein ökonomische und traditionell politische Ziele ging: Es sollte auch eine Kulturrevolution ausgelöst werden.

## 2. These:

**Themen wie der Vietnamkrieg, Rassismus, Marxismus, sexuelle Revolution wurden von neuartigen, sozialen Bewegungen aufgegriffen, die zugleich das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes in Frage stellten und für einen anderen Lebensstil eintraten.**

In der Bundesrepublik Deutschland regte sich damals Widerstand gegen die erste Großen Koalition, die dann Anfang der 70er Jahre von der sozialliberalen Koalition abgelöst wurde. Mit ihr breitete sich ein Reformklima aus, in dessen Zug viele emotional stark besetzte Teile des Strafgesetzbuchs, wie die §§ 218 (Abtreibungsverbot) und 175 (Strafbarkeit der männlichen Homosexualität), auf den Prüfstand kamen. An weiteren gesellschaftlich/ökonomischen Veränderungen kam dazu, dass es Männern der unteren und mittleren Einkommenschichten zunehmend weniger möglich war, von ihrem Einkommen allein eine Familie zu ernähren. Dadurch bröckelte nicht nur die innerfamiliäre Autorität, Frauen wurden als Erwerbstätige also als Mitverdienerinnen gebraucht – und sei es auch nur in sog. Frauenberufen und als Teilzeitbeschäftigte.

Vor diesem Hintergrund und auf dem Boden neuer, linker sozialer Bewegungen, entstand auch in West-Deutschland eine Neue Frauenbewegung. Ihr ging es nicht nur um Frauenbefreiung, sondern um eine neue Gesellschaftsform. In ihrer Zielbestimmung, ihren Grundsatzpapieren positionierte sich die Frauenbewegung eindeutig links: „Wir wollen (...) Lebensbedingungen schaffen, die jedes Konkurrenzverhältnis zwischen Menschen überhaupt aufheben. Dies geht unserer Ansicht nach nur durch die Umwandlung der Produktionsverhältnisse und Machtverhältnisse mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft, d. h. nach einer ökonomisch-sozialen Revolution.“ (Papier zur Grundsatzdiskussion der Gießener Frauengruppe, erstellt aus anderen Texten von Friedlinde, Karin, Leo, Margret, Stefanie, o. J.)

Auf die große Revolution zu warten war jedoch Sache dieser frühen Feministinnen nicht. Schon hier und jetzt sollte auf die angestrebten Veränderungen hingearbeitet werden. Dies vollzog sich auf zwei Ebenen: Zum einen wurden der Staat (und im Zusammenhang mit dem § 218 auch Kirche und Ärzteschaft) angegriffen, Gesetzesänderungen verlangt, bessere Kinderbetreuung gefordert etc.. Zum anderen wurde aber auch der „Nahkampf“ gekämpft (vgl. Müller, Ursula G. T., 2004, S. 97), der „Gegner“ war auch der eigene Partner, denn frau erkannte im Persönlichen das Politische.

Aber nicht nur aus Anlass der Strafrechtsreform wurden die Anliegen der Frauenbewegung öffentlich gemacht, auch der Muttertag und der neu entdeckte Internationale Frauentag waren wichtige Termine für witzige, kreative Aktionen (Blockade einer Kreuzung durch Kinderwagen). Es gab Filmvorführungen, Kunstaussstellungen und eine neuartige Verbindung von Provokation und Hilfeleistung, wie die organisierten, kollektiven Abtreibungsfahrten nach Holland. Aus dem Selbstverständnis, nicht nur agitieren, sondern auch helfen zu wollen, sind die, meist in Frauenzentren durchgeführten Abtreibungsberatungen, die Vorläuferinnen späterer Frauenprojekte, hervorgegangen. Dem Wunsch, die bürgerliche Gesellschaft zu verändern, entsprangen Projekte, die in – zugegeben engen - Grenzen auch andere, nicht-ausbeuterische, kollektive Arbeitsbedingungen realisieren und

neue Angebote schaffen wollten. Dazu gehörten u. a. Frauenverlage, -buchläden, -zeitschriften, Schallplatten, kurz Produkte, die auch das Bewusstsein verändern halfen. Eine andere Kultur, eine Subkultur, wurde vor allem durch Frauenfeste, die Berliner Frauen-Sommer-Universitäten und Frauenveranstaltungen realisiert. Die kritische Auseinandersetzung mit Theorien (auch mit der marxistischen) hatte einen enormen Wissensdurst und Forscherinnendrang ausgelöst, der sich vor allen an den Universitäten erst Nischen, dann Räume schuf.

### **3. These:**

**Aus linken sozialen Bewegungen ging die Neue Frauenbewegung hervor, die anfangs dieselbe kritische Position gegenüber dem Gesellschaftssystem einnahm, diese aber um den Aspekt der Reproduktion und des Machtverhältnisses von Männern über Frauen erweiterte, durch kreative Aktionen und Hilfen für andere Frauen von sich reden machte und eine neue (Sub-) Kultur schuf.**

Im Zuge solcher Aktivitäten verblasste allmählich der revolutionäre Anspruch der frühen Jahre. Die Akzentverschiebung hin zur konkreten Arbeit teilte die Frauenbewegung mit anderen sozialen Bewegungen. Dazu kam, dass mit schwindenden Erfolgsaussichten auf eine gesellschaftliche Umwälzung immer Strategiewechsel und Schwerpunktverlagerungen in politischen Bewegungen einhergehen. Man beginnt sich weniger hochgesteckten Zielen zuzuwenden, sich auf Projekte zu konzentrieren, die auch ein Stück Widerständigkeit in sich tragen und integriert sich stärker in das Gesellschaftssystem. Auch die Arbeiterbewegung hatte Jahre zuvor diesen Verlauf genommen, indem sie in politischen Parteien, Gewerkschaften und nicht zuletzt auch sozialen Projekten wie die der Arbeiterwohlfahrt aufgegangen ist.

Ähnlich erging es der Frauenbewegung. Für sie war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenlösung im Februar 1975, dem internationalen Jahr der Frau, besonders einschneidend. Den bewegten Frauen wurde dadurch ihr geringer Einfluss auf traditionellem politischem Parkett vor Augen geführt. Sie vollzog die für die Arbeiterbewegung beschriebene Entwicklung in ähnlicher Weise. Zwar gründeten einige Feministinnen sogar eine eigene Partei, entscheidender aber war, dass die junge Partei der Grünen, aber auch die SPD Ziele, die sie aus dem feministischen Diskurs entwickelten, in ihre Programme aufnahmen.

### **4. These:**

**Bei geringem Erfolg und starker Opposition (Rückschlag) tendieren die Ziele sozialer Bewegungen dazu, von manchen politischen Parteien in gesellschaftskonformer Weise aufgegriffen zu werden, sich zu institutionalisieren und/oder in sozialen Projekten teilweise realisiert zu werden. Diese Entwicklung vollzog sich auch in der Neuen Frauenbewegung.**

Die Zeit Ende der 60er Jahre war in vielerlei Hinsicht einzigartig. Eine Unruhe und Aufbruchstimmung, wie sie in diesen Jahren in der westlichen Welt zu beobachten war, hat es erst Jahre später – wenn auch unter ganz anderen Umständen – erneut gegeben. Wieder hat eine Umbruchsituation, verbunden mit massiver Gesellschaftskritik Frauen aufgebracht, hat dazu geführt, dass sie sich von den sie umgebenden Energien und Aktivitäten haben anstecken lassen, um ihre Anliegen vor- und einzubringen und auf Emanzipation von gesellschaftlichen Zwängen zu dringen. Ich spreche vom Zusammenbruch des Ostblocks und der dadurch ausgelösten Wende.

Das sich abzeichnende ökonomische und politische Ende der DDR hatte nicht nur eine Fluchtbewegung in den Westen, sondern eine Bewegung unter denjenigen ausgelöst, die aus den DDR-Ruinen auferstehen, ihre kritischen Gedanken konstruktiv in Inhalte gießen und neue politische Strukturen schaffen wollten. Unter ihnen waren viele Frauen. Sie sahen die Situation der Frauen in der DDR

weder tiefrot noch rabenschwarz, sondern relativierten und kritisierten die als soziale Errungenschaft gefeierte hohe weibliche Beschäftigungsrate, indem sie auf die Tatsache hinwiesen, dass für Berufe in den nicht-produktiven Bereichen ein geringeres durchschnittliches Monatseinkommen gezahlt wurde, was u. a. zur Folge hatte, dass die Nettofrauenlöhne im Schnitt ca. 75% der Nettomännerlöhne betragen (vgl. Wunderlich, Petra, 1990, S. 58 ff). Die engagierten Frauen verkannten nicht, dass der Motor für frauenspezifische Errungenschaften in der sinkenden Geburtenrate Mitte der 70er Jahre zu suchen war und erkannten in der Frauenpolitik auch eine verkappte Bevölkerungspolitik (vgl. Schwarz, Gislinde, 1990, S. 13). Die ungleiche gesellschaftliche Arbeitsteilung machten sie jedoch vor allem an der Aufteilung der Hausarbeit fest (vgl. Wunderlich, Petra, 1990, S. 60f). Männer waren, wie manche sagten, „per Gesetz“ durch den für sie nicht vorgesehenen Haushaltstag von der Familienverantwortung „ausgeschlossen“ (vgl. Schwarz, Gislinde, 1990, S.14) Das Rollenverhalten von Männern und Frauen ändere sich nur langsam, hieß es kritisch; die Reproduktionsarbeit, d. h. „Haushaltführung, Kinderbetreuung, Familienklima“, bliebe in erster Linie dem Verantwortungsbereich der Frauen zugeordnet (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 31). Weder würden Ursachen noch Folgen dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung auf gesellschaftlicher wie familialer Ebene analysiert und öffentlich diskutiert. Statt dessen werde der „Mythos von der Realität der Gleichberechtigung“ aufrecht erhalten. Mehr noch, er verstelle, den Blick der meisten Frauen auf das Machtgefälle zwischen den Geschlechtern (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 32).

Und so wird von verschiedenen Frauen auf den Widerspruch zwischen hohem Selbstbewusstsein und ökonomischer Unabhängigkeit von Frauen einerseits und dem „verschütteten Wissen“ um Ungleichheit andererseits hingewiesen (vgl. Schwarz, Gislinde, 1990, S. 14f). Gesellschaftliche Aspekte der Lage von Frauen würden individualisiert (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 33). Die sich zunächst vereinzelt artikulierenden Ost-Feministinnen der ersten Stunde wurden mit ihren Appellen in der Umbruchszeit gehört. Auf die öffentlich geäußerte Frage von Frauenforscherinnen im November 89: „Geht die Erneuerung an den Frauen vorbei?“ folgte am 3.12.89 die Gründungsveranstaltung des unabhängigen Frauenverbandes (UFV) der DDR (vgl. Schwarz, Gislinde, 1990, S. 8).

Wieder ging es den Frauen, die sich in jenen Tagen äußerten und in der Folge den Organisationen, die sie gründeten, nicht um „Frauenfragen“ als etwas Zusätzlichem, was in den Diskussionsprozess eingespeist oder als Anhang geliefert werden müsse. Sie sahen – wie ihre Schwestern im Westen 20 Jahre zuvor – in Frauenfragen Grundfragen, die die Existenzweise der Gesellschaft, ihren reproduktiven Zusammenhang, ihre Entwicklungsmöglichkeiten und Ziele betreffen (vgl. Merkel, Ina, 1990, S. 29). Eine „Frauenbewegung (...), die ohne ein gesamtgesellschaftliches Konzept sich nur auf die Durchsetzung weiblicher Partialinteressen orientiert, wird sich am Ende selbst marginalisieren.“, formulierte Ina Merkel in ihrer berühmten Rede „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“ (Merkel, Ina, 1990, S. 36). Aus der Erfahrung, dass sich weder Kapitalismus noch Sozialismus bisheriger Art fähig gezeigt hatten, adäquate Lösungen für gesellschaftliche Probleme einschließlich der Reproduktionsweise anzubieten, seien nun Alternativen, Utopien gefordert (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 38). Eine reale, lebenswerte, sozialistische Alternative sollte entworfen und die Umweltausbeutung durch eine ökologisch reorganisierte Wirtschaft angegangen werden. Demokratie, Selbstverwaltung und Öffentlichkeit waren im Fokus ebenso wie eine multikulturelle Gesellschaft und ein solidarisches Miteinander aller sozialer Gruppen. Niemand sollte wegen seiner Herkunft, Nationalität, Behinderung oder seiner Andersartigkeit, wie Ina Merkel es ausdrückte, ausgegrenzt werden. (vgl. Merkel, Ina, 1990, S. 30, 38; sowie Schwarz, Gislinde, 1990, S. 17)

So utopisch diese Vorstellungen heute teilweise klingen mögen, so konkret waren die Forderungen, die die Arbeitsgruppe Gleichstellung von Frauen und Männern des Runden Tisches der DDR am 7.2.1990 beschlossen hatte: Neben der rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung von

Männern und Frauen ging es um das Recht von Frauen auf eine eigenständige ökonomische Existenz, um Beteiligung an politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen, um Tariferhöhungen in typischen Frauenberufen, das Recht auf staatlich finanzierte Kinderbetreuungsplätze, die soziale Sicherstellung von Alleinerziehenden, die Rechte von Schwangeren und Müttern im Erwerbsleben, die Verhinderung ungeschützter Arbeitsverhältnisse für Frauen, und nicht zuletzt das Recht von Frauen über ihren Körper (vgl. Runder Tisch Februar 1990, a. a. O., S. 165). Diese Forderungen wurden nicht nur von den Vertreterinnen des UFV, der PDS und der Vereinigten Linken getragen, sondern auch von Mitgliedern der CDU und SPD.

#### **5. These:**

**Auch in der Umbruchsituation Ende der 80er Jahre, der Wende nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, ging aus gesellschaftskritischen Bewegungen in der DDR eine Neue Frauenbewegung hervor, die – ähnlich wie im Westen 20 Jahre zuvor - eine gesamtgesellschaftliche Veränderung einschließlich einer anderen Reproduktionsweise, einer ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsform mit demokratischen Strukturen anstrebte, Raum für andere (Sub-) Kulturen ließ und von Solidarität getragen sein sollte.**

Wenn aber nun die Notwendigkeit eines die gesamte Gesellschaft betreffenden Konzepts für einen Neubeginn betont wurde, warum sollte dieses dann in Frauengruppen entwickelt und erst danach in den Runden Tisch oder andere gemischte Gremien eingebracht werden? Auch hier ähneln die Begründungen für Frauengruppen denen, die 20 Jahre zuvor im Westen angeführt worden waren: Vor allem das politische Klima, der Stil, den Männer in politischen Gruppen praktizieren, sei für Frauen wenig attraktiv. Selbstdarstellungen, Profilierungsbedürfnisse, Ellenbogenmentalität, Machtstreben, parteipolitisches Taktieren sowie sexistische Verhaltensweisen kennzeichneten Männerverhalten in gemischten Gruppen. Im Gegensatz dazu sei die Arbeitsgruppe des Runden Tisches auf Regierungsebene für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft (bezeichnenderweise waren ausschließlich Frauen dorthin delegiert worden) durch weitestgehende Konsensfähigkeit und einen empathischen Umgang miteinander gekennzeichnet sowie eine problem- und sachbezogene Kommunikation. Zwar meldeten sich angesichts solcher Beobachtungen auch die Zweifel, ob das frauen- oder DDR-spezifisch sei, zunächst wurden jedoch die in gemischten politischen Gruppen gemachten Erfahrungen als gute Gründe für reine Frauengruppen angeführt (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 40, 47).

#### **6. These:**

**Die Frauenbewegungen in West- und Ostdeutschland ähnelten sich in ihren Zielen und in ihrer Motivation, sich als Frauen zusammen zu schließen, denn sie waren in gemischten politischen Gruppen auf männliche Verhaltensweisen gestoßen, die sie als wenig konstruktiv bis sexistisch erfahren hatten.**

Bei aller Ähnlichkeit zur Anfangssituation der westlichen Frauenbewegung gab es natürlich auch Unterschiede.

- Zum einen hatten die Meinungsführerinnen im Osten einen anderen persönlichen Hintergrund als die bewegten Frauen im Westen, die – wenn nicht selbst aus der Studentenbewegung kommend – doch stark von ihr geprägt waren. Im Osten dagegen kamen die Frauen der ersten Stunde aus den Kreisen, die sich unter dem Dach der evangelischen Kirche gebildet hatten (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 29)
- Die DDR-Feministinnen sahen in den Tagen des Aufbruchs reale Möglichkeiten der Beteiligung am Reformprozess. Dadurch war ihr politisches Handeln wesentlich praxisorientierter und vollzog sich unter Zeitdruck. An Runden Tischen handelten sie beschlussreife Vorschläge aus. Im Westen dagegen befanden sich die Feministinnen der Anfangsphase in einer außerparlamentarischen Situation.

tarischen Opposition und gingen entweder demonstrierend auf die Straße oder setzten sich mit Theorien auseinander oder erhöhten ihr Bewusstsein über das Politische im Persönlichen in Selbsterfahrungsgruppen. Diesen letzteren Schritt vollzogen die Frauen im Osten nicht.

- Die westdeutsche Frauenbewegung bildete sich in einer Zeit, in der Sexualität ein wichtiges Thema war. Eine Sexwelle rollte über das Land, in der Linken und von Feministinnen wurde eine sexuelle Revolution ausgerufen bzw. gefordert. Dies führte dazu, dass die real existierenden – nicht nur die sexuellen - Beziehungen zu Männern Konfliktherde wurden, was die Begegnungen emotional auflud.

Demgegenüber wurden in der DDR die Beziehungen zwischen Männern und Frauen anders beschrieben; einige sahen „durchaus einen Trend zu partnerschaftlichem Miteinander gegeben“, dieser wurde auf die weniger stark ausgeprägte Trennung zwischen Reproduktionsarbeit und Beruf zurückgeführt (vgl. Schenk, Christina, 1990, S. 32). Allerdings glaubten andere, darunter auch Tatjana Böhm, in der Lebenswirklichkeit in der DDR seien Aggressionen harmonisiert oder weggedrückt worden (vgl. Böhm, Tatjana, 1990, S. 188).

Wie dem auch sei, Tatsache ist, dass sich Frauen in Ost und West mit der „Männerfrage“ schwer taten, wenngleich sich diese Konflikte emotional auf verschiedene Weisen entluden: Im Westen forderten militante Lesben die Trennung von Tisch und Bett als konsequentes Handeln aus feministischem Bewusstsein. Wiewohl dies nur von einer Minderheit vertreten wurde, erregten sie damit öffentliches Ärgernis vor allem bei heterosexuellen Frauen, die sich nicht vorwerfen lassen wollten, mit dem „Feind“ zu kooperieren und natürlich bei Männern. Im Osten dagegen waren die Stimmen derjenigen Frauen lauter, die sich – häufig übrigens ohne Not – zur Gemeinsamkeit mit Männern meinten bekennen zu müssen und sich vehement von Feministinnen abgrenzten, denen sie Männerfeindlichkeit vorwarfen.

Gemeinsam war den aktiven Frauen in Ost und West, dass sie sich Ende der 80er Jahre mit den Folgen des Rückschlags auseinander setzen mussten, den die Frauenbewegung und ihre Ziele erlebten. Die neue Frauenfeindlichkeit zeigte sich – quasi als Spitze des Eisbergs – in einer Bedeutungsver schlechterung des Begriffs „Feminismus“ und im Gebrauch des Ausdrucks „Emanze“ als Schimpfwort. Das Gefühl, mit dem viele DDR- Frauen dem Begriff „Feministin“ begegneten, beschrieb Bärbel Klässner 1990 treffend: „Da kleckerte der eklige, schmutzige Schlamm in die Runde, der diesem Wort anhaftet. Sehr unkonkret die Fakten, aber deutlich das Gefühl: Mit diesem Wort belegt zu werden, bedeutet nichts Gutes, heißt Ausgrenzung, Vorurteil, Verschrien-Sein und Sich-lächerlich-Machen.“ (Klässner, Bärbel, 1990, S. 44) Zu diesen auch im Westen wohl bekannten Gefühlen kam noch das besondere Tabu, das die DDR dem Begriff angeheftet hatte. Oft wurde er in denunziatorischer Absicht sinnwidrig verwendet und als Produkt westlicher Dekadenz diffamiert, der für die gesellschaftliche Realität der DDR ohne Wert sei. Demgegenüber hat sich der UFV als erste Organisation in der DDR öffentlich zum Feminismus bekannt und formuliert: „Feminismus steht für Interessenwahrnehmung und -vertretung von Frauen. Feministische Sicht betrachtet gesellschaftliche Verhältnisse unter dem Aspekt der Stellung des weiblichen Geschlechts. Feministische Politik zielt darauf, Geschlechterverhältnisse als Rang- und Machtverhältnisse aufzuheben.“ (Schenk, Christina, 1990, S. 34f) Die lila Offensive ging noch weiter, indem sie in ihrem Arbeitspapier ergänzte. „Feminismus meint in unserem Verständnis nicht die völlige Ausgrenzung von Männern. Soll eine Gleichstellung tatsächlich praktikierbar, tatsächlich wirkungsvoll sein, muß sich männliches Selbstverständnis zu weiblichem Selbstverständnis mitentwickeln.“ (Klässner, Bärbel, 1990, S. 47) Zu dieser Definition konnte es keine Einwände geben; heute würde man es vielleicht Gender Mainstreaming nennen. Im Westen bekannten sich Frauen übrigens Ende der 80er Jahre längst nicht mehr so offensiv dazu, Feministinnen zu sein.

## 7. These:

**Die Feministinnen im Osten Ende der 80er Jahre und die im Westen Ende der 60er Jahre unterschieden sich aufgrund des jeweiligen gesellschaftspolitischen Kontexts vor allem in der Forderung nach sexueller Selbstbestimmung im Westen und der größeren Praxisnähe ihrer politischen Forderungen im Osten. Für beide war die „Männerfrage“ ein Thema mit spaltender Wirkung; beide litten unter der Diffamierung, die dem Begriff „Feministinnen“ angehängt wurde.**

Nun wissen wir, welch schnelles und jähes Ende dem feministischen Aufbruch im Osten beschieden war. Zunächst konnten die Frauen noch in der von ihnen mit erarbeiteten Sozialcharta einen Erfolg verbuchen, dann kam mit den ersten freien Wahlen in der DDR ein starker Dämpfer in die Aufbruchsstimmung. Auf der gemeinsamen Liste von UFV/Grünen standen ein Drittel UFV und zwei Drittel Grüne KandidatInnen. Die ersten Listenplätze waren jedoch an Grüne gegangen und die behielten ihre Vorrangstellung auch nach der Wahl bei der Vergabe der Mandate. Von Verrat sprachen die enttäuschten Frauen (vgl. Schwarz, Gislinde, 1990, S. 23), beklagten ihre eigene Blauäugigkeit und schworen sich, feministischer zu werden (vgl. Böhm, Tatjana, 1990, S. 185). Wenn es um Macht und Einfluss geht, kennt man(n) eben keine Verwandten, auch keine feministischen Schwestern.

Während aber nun im Osten an Konzepten für eine neue Gesellschaft, an einer echten Alternative zum erlebten Sozialismus und zum beobachteten Kapitalismus gearbeitet wurde, einer Alternative, die auch eine andere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern vorsah, entwickelte sich im Westen die Frauenpolitik in anderen Bahnen. Ab Mitte der 80er Jahre hatten sich einige politische Parteien das Frauenthema auf ihre Fahnen geschrieben; übrigens miss-träuisch beäugt von Altfeministinnen.

Frauenforderungen, die nun ihren Einzug in Wahlprogramme nahmen, hatten natürlich nicht mehr das Ziel, eine gesamtgesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Gemessen an solchen Visionen waren die Brötchen, die dort aufgetischt wurden, sehr klein. Die beiden wichtigsten frauenpoli-tischen Ziele jener Zeit waren die Einrichtung von Frauenministerien und -beauftragten in Ländern und Kommunen, sowie die Entwicklung von Frauenförderplänen. Dass bei diesen politischen Forderungen ein besonderes Gewicht auf den Erwerbsbereich gelegt wurde, war nachvollziehbar, schon deshalb, weil die Frauenbewegung zwar große Erfolge im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen und im Durchsetzen anderer kultureller Aspekte zu verzeichnen hatte, nicht jedoch bzgl. der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Die aus der Frauenbewegung hervorgegangenen Projekte setzten vor allem bei Hilfen für weibliche Gewaltopfer, Bildungsangebote (Rhetorikkurse für Frauen waren damals sehr beliebt) und Kulturveranstaltungen wie Kabarett, Theater sowie Schall-platten, Büchern etc. an.

Bei den Frauenförderplänen zeigte sich sehr deutlich, wie sehr sich die politischen Forderungen der Parteien von den Ursprüngen der Frauenbewegung entfernt hatten. Als besonders fortschrittlich galt es, eine 50% Quote zu formulieren, also das Ziel, 50% der Arbeitsplätze mit Frauen zu besetzen. Damit war aber auch ein Einfallstor geöffnet, durch das Statistik Einzug hielt. Denn konsequent erhoben sich Stimmen, die forderten, Männer nun auch bevorzugt zur Ausbildung in Frauenberufen zuzulassen (vgl. Döge, Peter, 2003, S. 191). Aber, so frage ich, was wäre an Gleichstellung ge-wonnen, wenn Männer nun in den wenigen besser bezahlten Frauenberufe – und nur solche wären für Männer interessant – die Frauen verdrängten? Diese Vision einer geteilten Erde hatte nichts mit der Hälfte des Himmels zu tun, der den Feministinnen früherer Jahre vorgeschwebt hatte.

Aber auch das andere Standbein der Frauenförderpläne, die Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, hatte einen Pferdefuß. Viele sahen anfangs vor, Frauen die Reduktion der



Arbeitszeit und die Beurlaubung aus familiären Gründen zu erleichtern. Von Männern war dabei oft gar nicht die Rede. Auch war häufig gar nicht klar, welche Nachteile auf Beförderung und Altersversorgung eine Reduzierung der Arbeitszeit hatte. Vereinbarkeit für Frauen und auf Kosten von Frauen? Sollte so Gleichstellung aussehen?

Ich habe immer vertreten, dass man/frau auch auf einer sehr pragmatischen, politischen Ebene das Fernziel wie einen Fixpunkt am Horizont im Auge behalten muss, um die Richtung nicht zu verlieren. Will man/frau die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im bezahlten wie unbezahlten Bereich zwischen Männern und Frauen verändern, dann wird man zum Beispiel auf eine ausgeglichene Bezahlung zwischen Männer- und Frauenberufen hinarbeiten, so wie es Feministinnen im Westen und in der DDR gefordert hatten. Auch die ÖTV hatte sich in den 90er Jahren dieses Themas angenommen, Untersuchungen durchgeführt und Vorschläge zu einer Neubewertung der tariflichen Eingruppierung von „Frauenberufen“ erarbeitet; die Bundesregierung gab nach einem 1999 gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften durchgeführten Workshop 2003 an, die Frage, „ob die Vergütungsordnung möglicherweise diskriminierende Elemente enthält, (...) mit den Gewerkschaften“ prüfen zu wollen (BMFSFJ, 2003, S. 43). Inzwischen hat die Gewerkschaft ver.di das Thema in einen größeren Zusammenhang gestellt, nämlich den der gerechten Leistungsvergütung. Sie hat für ihre Mitglieder, insbesondere Betrieb- und Personlaräte zusammengestellt, wodurch Frauen bei der Entlohnung diskriminiert werden und für die Tarifbeschäftigten beim Bund und den Kommunen einen Rahmentarifvertrag für das Jahr 2005 beschlossen, der eine leistungs- und erfolgsabhängige Vergütung vorsieht; außerdem haben die Tarifparteien sich darauf verständigt, dass das neue Tarifrecht diskriminierungsfrei sein soll. Ähnlich gehen andere DGB-Gewerkschaften vor (vgl. ver.di, o. J., S. 10f). Alle politisch engagierten Frauen sollten die Wirkung dieser Bemühungen aufmerksam verfolgen und sich nötigenfalls laut zu Wort melden, um die gerechten Tarifröhne in Frauenberufen anzumahnen.

Aber selbst das – gemessen an tariflicher Neueingruppierung - sehr viel schwächere Instrument Frauenförderplan lässt es zu, etwas gegen die geringeren Einkommen von Frauen zu tun. Denn ein Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen beruht darauf, dass viele Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Nicht alle tun dies freiwillig oder aus familiären Gründen; 38,8% der Teilzeitbeschäftigten, in Ostdeutschland ist der Anteil sogar noch höher, hätten einer Befragung des Mikrozensus aus dem Jahr 2000 zufolge lieber eine volle Stelle gehabt (vgl. BMFSFJ, S. 74). Auch in Kommunalverwaltungen gibt es Stellen, die nur in Teilzeitarbeit angeboten werden (Schulsekretärinnen, Politessen). Hier eine Aufstockung der Stundenzahl möglich zu machen oder Teilzeitbeschäftigte bei der Bewerbung auf eine volle Stelle bei gleicher Qualifikation bevorzugt zu berücksichtigen, sind zwar sehr kleine Maßnahmen, aber sie dienen in der Tendenz einer Einkommensverbesserung von Frauen. Ich erinnere mich noch an die erstaunten Gesichter, als ich in dem von mir für die Stadtverwaltung Hannover vorgelegten Entwurf für einen Frauenförderplan ein Kapitel zur Frauenförderung in Frauenberufen und -bereichen mit solchen Forderungen vorgesehen hatte. Das wurde vom Rat der Stadt verabschiedet.

Ähnlich ungewohnt war auch der kleine Abschnitt im Frauenförderplan der Stadt Hannover Mitte der 90er Jahre zur besonderen Förderung von Männern, die Familienaufgaben wahrnehmen wollen. Auch das wurde beschlossen. Als Staatssekretärin in Schleswig-Holstein habe ich mich im Rahmen einer Kampagne für mehr Teilzeit dafür stark gemacht, besonders Männer in Positionen, bei denen eine Reduktion der Arbeitszeit immer noch ein existenzsicherndes Einkommen garantiert, anzusprechen und diejenigen zu fördern, die ihre Arbeitszeit reduzieren wollen. Diese Kampagne „Männer in Teilzeit“ war unter der einzigen Ministerpräsidentin, die Deutschland je hatte, übrigens kein Selbstläufer.

## 8. These:

**Erst in Westdeutschland, dann in der ganzen neuen, vereinigten Bundesrepublik vollzog sich ein Wandel hin zum sog. Staatsfeminismus, d. h. zur Einrichtung von Frauenministerien und Frauenbüros. Die von ihnen entwickelten Maßnahmen zur Frauenförderung entsprachen nicht immer dem Fernziel, geschlechtsspezifische Arbeitsteilung bzgl. bezahlter wie unbezahlter Arbeit zu reduzieren. In kleinem Maßstab ist dies jedoch durchaus möglich.**

Aber selbst wenn der beste aller möglichen Frauenförderpläne verabschiedet wurde, blieb der davon erhoffte Erfolg aus. Kaum musste man/frau sich dies eingestehen, da tauchte – wie gerufen – am Horizont ein neues Konzept bei der 4. Weltfrauenkonferenz auf: Gender Mainstreaming. Mit Gender wird dabei das gesellschaftlich geformte, nicht das biologische Geschlecht bezeichnet, das nun als geschlechtsspezifische Perspektive in den Hauptstrom, den Mainstream, einfließen soll. Regierungen und alle AkteurInnen sollen demgemäß konsequent eine geschlechterbezogene Perspektive in allen Politiken und Programmen einbeziehen und vorab eine Analyse der Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen bzw. Männer erstellen (vgl. Karin Tondorf, 2001, S. 11). Als die europäische Gemeinschaft 1999 eine entsprechende Klausel in den Amsterdamer Vertrag aufnahm, verpflichteten sich die damaligen 15 Mitgliedstaaten zu einer Koordination ihrer Beschäftigungspolitik mit dem Ziel „das Gefälle zwischen Frauen und Männern von 25 Millionen Arbeitsplätzen“ abzubauen (Scheer, Rosie, 2001, S. 13).

Selten hat ein politisches Konzept so viele Vorschusslorbeeren erhalten wie das Gender Mainstreaming (GM). Gleichzeitig grenzte frau sich häufig von der bisherigen Frauenpolitik ab, beurteilte sie kritisch wegen ihres geringen Erfolgs, machte sich aber nicht die Mühe zu analysieren, warum damit so wenig erreicht worden war. Ein neues Konzept bot sich an und wurde von Frauenpolitikerinnen mit offenen Armen begrüßt. An Gründen für diese positive Einschätzung wurden genannt:

- Es handelt sich um ein top-down Verfahren, d. h. die oberste Entscheidungsebene macht sich den Grundsatz GM zu eigen.
- Es ist ein ganzheitliches Konzept, nicht auf ein Ressort beschränkt und als Querschnittsaufgabe angelegt.
- Es zielt auf strukturelle Veränderungen. (vgl. Müller, Ursula G. T., 2003, S. 12f)

Das klingt gut, unterscheidet sich jedoch nicht ernsthaft von dem, was Frauenbeauftragte (und Frauenministerien) auszeichnete. Auch diese waren im Regelfall an der Verwaltungsspitze angesiedelt, also dem Top Dog zugeordnet und konnten folglich ihre Vorschläge so einbringen, dass sie von oben herab, top down, umgesetzt werden konnten. Die Aufgaben wurden selbstverständlich ebenfalls als Querschnitt betrachtet und die Hoffnung auf strukturelle Veränderung bestand genauso wie beim GM (vgl. ebd. S. 12f).

Zwei Dinge sind es, die tatsächlich einen Unterschied ausmachen. Der erste bezieht sich auf die Strategie, der zweite auf den Inhalt.

Die Befürworterinnen gaben unumwunden zu, der Begriff GM sei weniger „anstößig“ (vgl. Metz-Göckel, Sigrid, 2002, S. 17f) und erzeuge weniger Widerstand als feministische Kritik. Als List (vgl. Stiegler, Barbara, 2003, S.15) ja gar als Geheimwaffe (vgl. Lütkes, Anne, 2001, S. 5) wurde GM bezeichnet, mit der Männer nun dazu gebracht werden könnten, ihre Denk- und Handlungsmuster zu verändern. Von einer win-win-Situation ist die Rede (vgl. Meuser, Michael/Neusüß, Claudia, 2004, S. 14), also einem Programm, bei dem beide Geschlechter nur gewinnen könnten. Waren diese Akteurinnen wirklich so naiv, möchte man/frau fragen, dass sie glaubten, den widerständigen Entscheidungsträgern Sand in die Augen streuen zu können? Haben sie die Gegner der bisherigen Frauenförderung und Gleichstellungspolitik für so einfältig gehalten? Hier war die Einfalt wohl eher auf Seiten der Frauen.

Der zweite Unterschied, der zwischen GM und der bis dahin praktizierten Frauenförderung besteht, ist ein inhaltlicher. Wir erinnern uns: GM schreibt vor, an ein Planungsvorhaben stets die Frage nach der Auswirkung auf beide Geschlechter zu richten. Ein Beispiel zeigt, welche Konsequenzen sich daraus ergeben:

In den 80er Jahren hatten Feministinnen darauf bestanden, sich mit Angeboten wie Frauenhäusern und Beratungsstellen nur an Frauen wenden zu wollen. Das war in der Anfangsphase als es um die Einrichtung von Antigewaltprojekten ging, sicher wichtig und sinnvoll. Der Kurzschluss besteht jedoch darin, dass bei diesem Vorgehen die Chance, dass Männer ihr Fehlverhalten erkennen und sich ändern, weniger gegeben ist, als wenn weitere, institutionelle und strukturelle Veränderungen durchgeführt sowie Aggressionsabbautrainings für Gewalt bereite Männer eingerichtet werden. Nun kann man einwenden, dass es für solche Erkenntnisse nicht unbedingt eines neuen Namens bedarf. Das ist richtig; dennoch muss man eingestehen, dass GM als Methode hilft, die Sichtweise auf beide Geschlechter zu systematisieren.

### 9. These:

**Nach dem geringen Erfolg von Frauenfördermaßnahmen setzten Frauenpolitikerinnen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zunehmend auf das neue Konzept des Gender Mainstreaming. Wirklich neu daran war, dass der Blick bei allen politischen Planungsvorhaben konsequent und systematisch auf beide Geschlechter gerichtet werden sollte.**

Am 23.6.1999 hatte die noch relativ frische rot-grüne Bundesregierung beschlossen, GM in allen Bereichen aktiv zu fördern. Heute, 7 Jahre danach, sind die Begeisterungsrufe deutlich leiser geworden. Neben denjenigen, die GM als Erfolgsgeschichte bilanzieren, ja mit GM eine neue Phase der Frauenbewegung eingeläutet sehen (vgl. Roth, Silke, 2004), mehren sich die kritischen Stimmen. Zu den Einwänden gehören:

- Es wird – wie schon bei der Quotendiskussion - das Erheben von Daten und Statistiken an die erste Stelle gerückt und nicht das Formulieren von Zielen. So berichten Wissenschaftlerinnen stolz, dass die Stadt Rostock es als wichtigste Aufgabe ansehe, „alle personenbezogenen Daten geschlechtsspezifisch zu erfassen“ (Döge, Peter/Stiegler, Barbara, 2004, S. 145). Dadurch würden nun die städtischen Museen erstmalig nach Besuchern und Besucherinnen unterscheiden. „In welcher Absicht?“, frage ich mich. Wenn sich dabei nun herausstellt, was nahe liegt, dass mehr Frauen als Männer in Kunstmuseen gehen, was soll mit dieser Erkenntnis geschehen? Soll nun ein Forschungsauftrag folgen, der klärt, wie mehr Männer für Kunst interessiert werden können? Angesichts desolater Haushaltskassen wohl kaum. Oder sollen Gelder für Kunstmuseen gekürzt werden, da diese es nicht schaffen ein „geschlechterausgewogenes“ Publikum anzusprechen? Wenn ja, gilt dann das gleiche für Fußballstadien? Und abermals wenn ja, was hat das alles mit Gleichstellung zu tun? Sie merken, wie weit sich ein solches Vorgehen von den in den Amsterdamer Verträgen genannten beschäftigungspolitischen Zielen entfernt hat, wonach Frauen zu mehr Arbeitsplätzen verholfen werden sollte.
- Weiterhin wird beklagt, dass von Frauen eine Angleichung an Männer verlangt wird oder doch ein Einfügen in männlich geprägte Strukturen oder ein Anpassen an ein von Männern geprägtes Arbeitsklima. „Wo Frauen und Männer gleich behandelt werden, werden Frauen - oft zu ihrem Nachteil – behandelt, als wären sie Männer.“ (Lober, Judith, 2004, S. 13) Diese Tendenz ist allerdings älter als GM. Die Aufhebung des Nachtarbeitsverbots und die Kürzung der Witwenrente sind nur zwei Beispiele, die dies besonders deutlich machen (vgl. Brückner, Margrit, 2004, S. 30). Innerhalb von Verwaltungen zeigt sich dies bei allen Bestrebungen, mehr Frauen für Männerbereiche zu gewinnen. So sei auf Führungsebene kein spezieller Förderungsbedarf für

Männer erkennbar, bilanziert ein für GM zuständiger Mitarbeiter der Schleswig-Holsteinischen Landesverwaltung (vgl. Behrens, Christoph, 2005, S. 7). Das sehen Männerforscher ganz anders. Sie beschreiben die gegenwärtige Arbeitskultur als „männerbündisch“, zu deren Merkmalen ein Frauen ausgrenzendes Verhalten männlicher Führungskräfte, aber auch die extrem langen Arbeitszeiten gehören (vgl. Höygn, Stephan/Lange, Ralf, 2004, S. 106). Solche männerbündischen Arbeitskulturen verhindern Gleichstellung. Echtes GM muss sich dieses Problems annehmen und eine andere Arbeitskultur fördern. Bei einem solchen Vorhaben sind beide Geschlechter, vor allem aber Männer die Zielgruppe.

- Sehr ernst zu nehmen ist der Kritikpunkt, der die mit GM konzeptuell untrennbar verbundene Suche nach Differenzen betrifft. Dieses Vorgehen berge die Gefahr, so argumentieren vor allem Frauenforscherinnen, dass im Prozess des politischen und des Verwaltungshandelns festgestellte Unterschiede nicht abgebaut, sondern verfestigt würden. Von der Frauen- und Geschlechterforschung gefragt wird dieses Problem erkannt und deshalb darauf verwiesen, dass beim Feststellen von Unterschieden nicht stehen geblieben werden darf, vielmehr sei „undoing gender“ oder „degendering“ angesagt, also das aktive Bemühen, die Gender-Unterschiede aufzuheben (vgl. Lorber, Judith, 2004, S. 9, 19). Die Institutionalisierung von GM hat zwar einen Boom von Gender-Trainingsangeboten hervorgebracht, weil einige wissenschaftlich Ausgebildete erkannt haben, dass sich damit gutes Geld verdienen lässt (vgl. Metz-Göckel, Sigrid, 44, Meuser, Michael/Neusüß, Claudia, 2004, S. 19). Ob es bei diesen Trainings auch darum geht zu lernen, wie grundlegende geschlechtsspezifische Differenzen abgebaut werden können, wage ich zu bezweifeln.
- Auf einer anderen Ebene liegt die Kritik, GM sei im Prozess seiner Etablierung verflacht. „Die augenfällige Neutralisierung von Hierarchien, von Machtfragen und Machtkonflikten erweckt den Eindruck, als hätten Gleichstellungsfragen für Frauen wie für Männer das gleiche Gewicht, wenn vielleicht auch unter verschiedenen Vorzeichen.“ (Bereswill, Mechthild, 2004, S. 54) Als Zeugin für diese Einschätzung wird die frühere Bundesfrauenministerin Renate Schmidt benannt. An die Privatwirtschaft gewandt betonte Schmidt, wie wichtig es sei, die individuellen Fähigkeiten so intensiv wie möglich zu nutzen. Geschlecht wertet sie damit als Faktor in der Personalwirtschaft, als unverzichtbare Humanressource (vgl. ebd. S. 55). So wird aus einem Konzept mit dem hohen politischen Anspruch, das Gefälle zwischen Männern und Frauen abzubauen, ein Aspekt der Personalentwicklung, bei der es nicht mehr um strukturelle Gleichheit zwischen Männern und Frauen geht, sondern um die Nutzung von Differenzen, die auf der Verhaltensebene festgestellt wurden. Das erinnert mich daran, dass eine den Frauen zugeschriebene größere Fingerfertigkeit dazu genutzt wurde und wird, ihnen feinmotorische Tätigkeiten am Fließband zu geringem Entgelt zu überlassen.
- Schließlich wird kritisch festgestellt, dass sich die Hoffnungen auf die Wirkung des Top-down in der Praxis nicht erfüllt haben. Häufig delegieren die obersten Führungskräfte nach einer einführenden Schulung das Thema zur Bearbeitung an eine oft ausschließlich oder doch überwiegend aus Frauen bestehende Arbeitsgruppe. Auf der kommunalen Ebene kommen Anstöße für die Diskussion des GM fast immer von den Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragten, unterstützt von Mandatsträgerinnen (vgl. Döge, Peter/Stiegler, Barbara, 2004, S. 143). Mit der Umsetzung auf Länderebene sind meist die Frauenministerinnen federführend betraut. GM ist also wieder fest in den Händen derjenigen, die auch zuvor für Gleichstellung zuständig waren. Das wäre m. E. nicht so tragisch, wenn denn die Erfolge im Vergleich zu früher zunehmen würden.
- Bei der Frage nach den Erfolgen komme ich zum letzten und gravierendsten Kritikpunkt. Bei der Auswertung des GM kann man drei Phänomene ausmachen:

### 1. Kleinigkeiten und niedrige Ansprüche:

GM befasst sich mit Kinkerlitzchen. So wird beispielsweise von Wiesbaden berichtet, dort würden nun Fragen gestellt wie: Warum werden für Männer-, Frauen- und gemischte Chöre die Mittel ungleich verteilt? Um zum Großen und Ganzen zu werden, so lautet die Einschätzung, bedürfe es eines immensen Netzes von kleinen Projekten (vgl. von Wrangell, Ute, 2003, S. 59f). Dem möchte ich widersprechen. Um zu einem großen Ganzen zu werden, bedarf es einer Schwerpunktsetzung und eines konsequenten Hinarbeiten auf die eigentlichen Ziele, allen voran das Aufbrechen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Wenn nach drei Jahren GM auf Bundesebene u. a. als Instrument für Gleichstellung die Verwendung einer geschlechtergerechten Sprache genannt wird (vgl. Döge, Peter/Stiegler, Barbara, 2004, S. 137), ein Thema, das die Frauenbewegung vor 20 Jahren in Rage gebracht hatte, so ist das die Bescheidenheit ein bisschen zu weit treiben, meine ich.

### 2. Pilotprojekte:

Wenn sich öffentliche Verwaltungen an die Umsetzung von GM machen, wird häufig so vorgegangen, dass die einzelnen Fachressorts aufgefordert werden, Pilotprojekte zu benennen; so geschehen in der Bundesregierung im Sommer 2001 (vgl. Döge, Peter/Stiegler, Barbara, 2004, S. 137). Als Ergebnisse werden drei Jahre später außer der oben erwähnten geschlechtergerechten Sprache zwei Instrumente vorgestellt: Ein Leitfaden zur Forschungsförderung, durch den gesichert werden soll, dass bei Forschungsvorhaben und in Forschungsinstituten geschlechtsspezifische Aspekte durchgängig Berücksichtigung finden. Ein weiterer Leitfaden dient der Rechtsfolgeabschätzung, bei der bei der Entwicklung von Rechtsvorschriften die unterschiedliche Lebenssituation von Frauen und Männern „zu berücksichtigen“ ist (vgl. ebd. S. 137f). Wie anders las es sich im Beschluss der 4. Weltfrauenkonferenz; eine Analyse über die Auswirkungen von Entscheidungen auf Frauen und Männer sei zu erstellen, mit dem Ziel, das Gefälle zwischen Frauen und Männern abzubauen. Kein Wunder, dass der Verdacht aufkommt, bei der reinen Berücksichtigung der Geschlechterdifferenzen würde diese eher zementiert. Kritisch sind solche Pilotprojekte vor allem deshalb zu bewerten, weil sie sich auf Nebenkriegsschauplätzen befinden. Das wäre nicht schlimm, wenn auch auf den Hauptkriegsschauplätzen Kämpfe gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts geführt würden. Damit komme ich zum nächsten Punkt:

### 3. Ausklammern wichtiger Bereiche:

Die Vorgehensweise der Pilotprojektvergabe lässt befürchten, dass in der Bundesrepublik GM nur dort angewendet wird „und nicht in den großen Reformwerken der Bundesregierung wie die Reform des Arbeitsmarktes, der Gesundheitssysteme oder der Sozialversicherungen“ (Döge, Peter/Stiegler, Barbara, 2004, S.139). Dazu zwei Beispiele: Bei der Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre soll als Ausnahme – also früherer Rentenbezug - zugelassen sein, wenn jemand 45 Beschäftigungsjahre aufweisen kann. Um herauszufinden, bei welchem Geschlecht dies wesentlich häufiger der Fall ist, braucht man keinen Forschungsauftrag zu vergeben. Mittelbare Diskriminierung nennt dies die Rechtsprechung.

Zweites Beispiel: Frauenforscherinnen haben insbesondere den kontraproduktiven Charakter der Hartz IV Gesetze und die Ambivalenzen bei der Sozialgesetzgebung kritisiert. In den Hartz IV Gesetzen feiert das Familienernährermodell ein Comeback. Drastisch hat sich dazu die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros vor Jahren geäußert. In 20 Jahren habe es kaum ein gleichstellungspolitisch rückständigeres Papier auf höchsten Ebene gegeben. „Die für Frauen (...) wesentliche Problematik des geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmarkts wird sowohl in der Analyse als auch bei den Vorschlägen im Detail nur oberflächlich gestreift.“ (Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros, 2002, S. 1) Von einer systematischen

Anwendung von GM in allen Bereichen, so wie es das Kabinett beschlossen hatte, kann also keine Rede sein, vielmehr wird GM selektiv angewendet, mehr noch, der Eindruck entsteht, dass auf GM um so akribischer rekurriert wird, je unwichtiger der betreffende Bereich für die Gleichstellung von Frauen und Männern ist.

#### **10. These:**

**Nach anfänglicher Euphorie gerät nun auch Gender Mainstreaming in die Kritik; vor allem lautet der Vorwurf: Gender Mainstreaming tobt sich auf weniger wichtigen „Nebenkriegsschauplätzen“ aus, bei großen Reformvorhaben findet es keine Anwendung;**

Wie kann und soll es nun angesichts so vieler Einwände weitergehen?

Wenden wir uns also noch mal der GM-Idee zu. Man/frau muss klar erkennen: Seiner Leitidee, der Aufhebung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, sind Grenzen gesetzt (vgl. Riedmüller, Barbara, 2004, S. 258), die nicht nur in der Engstirnigkeit oder Böswilligkeit der Ausführenden bestehen. Vor allem sind es wirtschaftspolitische Entscheidungen, die GM den Boden unter den Füßen wegziehen. Im Zeitalter des Neoliberalismus kommt es zu einer Vertiefung der Kluft zwischen den Geschlechtern durch die weniger werdenden existenzsichernden Arbeitsplätze (vgl. Pühl, Katharina, 2004, S. 42). Massenentlassungen, Verlängerung der Arbeitszeiten, sinkende Löhne wirken allen Versuchen entgegen, Männer für die Familienarbeit zu gewinnen und Frauen zu existenzsicherndem Einkommen aus Erwerbsarbeit zu verhelfen. Der Sozialabbau greift zudem immer stärker auf die Individuen und deren Verantwortung für die anderen Familienmitglieder zurück. Dadurch steigen die unbezahlten Tätigkeiten in der Versorgung von Menschen. Wissenschaftlerinnen sprechen deshalb von einer Re-Privatisierung oder Re-Feminisierung der Reproduktion von Arbeitskraft (vgl. ebd. S. 43). Dabei ist es genau diese verantwortungsvolle Sorge für andere Familienmitglieder, die - meist unbezahlt in Händen von Frauen liegend – deren Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt ausmacht, weil sie diesem angesichts fehlender qualitativ hochwertiger, kostengünstiger Betreuungseinrichtungen (nicht nur für Kinder) nicht im gleichen Umfang wie Männer zur Verfügung stehen können. Solche „Gender-Paradoxien“ sind letztlich Folge einer neoliberaler Politik, durch die die Freiheit des Marktes zu einem globalen Wert wird (vgl. ebd. S. 43). Wissenschaftlerinnen, die die internationale Wirtschaftsentwicklung und den Prozess des GM beobachten, äußern sich skeptisch, was die Möglichkeit betrifft, Gleichstellung durch GM innerhalb der aktuellen sozioökonomischen Bedingungen zu erreichen (vgl. Bereswill, Mechthild, 2004, S. 56). Hier schlägt auch zu Buche, dass es nie eine Analyse darüber gegeben hat, warum der Erfolg von Frauenfördermaßnahmen so gering war.

Trotz dieser Gender-Paradoxien, habe ich noch bis vor kurzem dafür plädiert, die Grenzen von GM berücksichtigend, die Chancen von GM zu nutzen. Dazu bedürfe es, so meinte ich, zunächst einer Schwerpunktsetzung, einer Konzentration auf die Bereiche bezahlte und unbezahlte Arbeit, Gewalt (nicht nur gegen Frauen, sondern auch die Gewalt, die von Männern gegen Männer ausgeübt wird und die von Frauen ausgeht) und Körperlichkeit (wozu Gesundheit wie Fortpflanzung und Sexualität zu fassen sind). Das allein ist ein immenses Pensum. Was die andere Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit angeht, hatte ich noch Möglichkeiten gesehen. Ich hatte Visionen von Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen, die sich gegen Überstunden – angeordnete wie nicht angeordnete - aussprechen. Mir schwebten Mitarbeitergespräche vor, bei denen Männer ermutigt würden, Elternzeit zu nehmen. Ich träumte von Seminaren, in denen mit Eltern, die ihre Arbeitszeit reduziert oder Elternzeit genommen hatten, deren Erfahrungen mit den Kindern aufgearbeitet würden, damit sie diese reflektieren, Ähnlichkeiten zu Führungsaufgaben erkennen und ihre als Elternteile erworbenen Kompetenzen in Führungspositionen oder der Bewerbung dafür einbringen könnten. Heute fürchte ich, mich mit solchen Ideen angesichts der Trends in der Wirtschaft und auf

dem Arbeitsmarkt lächerlich zu machen. Die Entwicklung geht einen anderen Weg.

#### **11. These:**

**Angesichts der Auswirkungen von Globalisierung und neoliberaler Wirtschaftspolitik sind die Möglichkeiten, durch Gender Mainstreaming mehr echte Gleichstellung zwischen Männern und Frauen durchzusetzen, stark geschrumpft.**

Kein Wunder, dass der Begriff „feministische Politik“ wieder auftaucht, der von Wissenschaftlerinnen dem GM entgegen gesetzt wird. Ein alter Begriff, neu ins Spiel gebracht, kann jedoch das Steuer nicht herumreißen. Wenn die Analyse korrekt ist, dass eine feministische Bewegung immer im Kontext anderer sozialer Bewegungen zum Ausbruch und ihre Konzepte dazu an eine breite Öffentlichkeit gelangen, dann erscheint es sinnvoll, nach Gruppierungen und Kräften Ausschau zu halten, die hier und heute grundlegende Kritik am bestehenden System äußern und dies es ändern wollen. Ich sehe die Notwendigkeit von Bündnissen mit herrschaftskritischen Bewegungen, „um Fragen nach sozialer Gerechtigkeit und politischer Partizipation nicht (...) den Gesetzen des freien Marktes zu überlassen.“ (Bereswill, Mechthild, 2004, S. 66). Auch die Politologin Barbara Holland-Cunz fordert auf, „das ferne Ziel der Frauenbefreiung“ wieder eindeutiger in den Vordergrund zu rücken (vgl. Holland-Cunz, Barbara, 2003, S. 65). Daraus ergeben sich zwangsläufig gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, die sich nicht umgehen lassen, indem ein win-win vorge-täuscht wird. Auch ist die ökonomische Situation heute weltweit derart verflochten, dass wir uns dringend mit den Frauen anderer Länder solidarisieren müssen, allen voran mit jenen, die Waren zu Dumpinglöhnen z. T. unter ausbeuterischen Bedingungen für unsere Märkte herstellen. Dann besteht eine Chance, dass wir uns vom GM hin zu einer internationalen Frauenbewegung entwickeln, einer Frauenbewegung, die Brücken schlägt nicht nur zwischen Ost und West sondern auch zwischen Nord und Süd. Und das wünsche ich mir.

#### **12. These:**

**Eine internationale Frauenbewegung im Verbund mit globalen gesellschaftskritischen Kräften tut Not!**

#### **Literatur:**

Behrens, Christoph: Erfolgsdeterminanten der Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Landesverwaltung, Kiel, 2005, (im Internet herunterzuladen unter: Behrens\_110805.pdf)

Bereswill, Mechthild: „Gender“ als neue Humanressource? Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie zwischen Ökonomisierung und Gesellschaftskritik, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004, S. 52 – 70

Böhm, Tatjana: Nach der Wahl, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR, München 1990, S. 184 – 190

Brückner, Margrit: „Re-“ und „De-gendering“ von Sozialpolitik, sozialen Berufen und sozialen Problemen, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, 22. Jg., Heft 2+3/2004, S. 25 – 39

Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros: Stellungnahme zu den 15 Eckpunkten der Regierungskoalition zur Umsetzung des Reformkonzepts der Hartz-Kommission, Berlin, 10. September 2002, [www.frauenbeauftragte.de](http://www.frauenbeauftragte.de)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (= BMFSFJ) (Hg.): Frauen in Deutschland – Von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik, Berlin 2003

Döge, Peter: Von der Gleichstellung zur Gleichwertigkeit, in: Jansen, Mechthild M., Röming, Angelika und Rohde, Marianne (Hg.): Gender Mainstreaming – Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, München, 2003, S. 34 – 48

Döge, Peter/Stiegler, Barbara: Gender Mainstreaming in Deutschland, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004, S. 135 – 157

Holland-Cunz, Barbara: Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Geschlechterdemokratie wagen, Berlin, 2003, S. 52 - 69

Höyng, Stephan/Lange, Ralf: Gender Mainstreaming – ein Ansatz zur Auflösung männerbündischer Arbeits- und Organisationskultur?, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004, S. 103 - 119

Klässner, Bärbel: Beobachtungen im Zusammenhang mit einem Wort, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR, München 1990, S. 44 – 47

Krell, Gertraude/Mückenberger, Ulrich/Tondorf, Karin: Gender Mainstreaming, Information und Impulse. Niedersächsisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Soziales (Hg.), Hannover 2001

Lorber, Judith: Man muss bei Gender ansetzen, um Gender zu demontieren: Feministische Theorie und Degendering, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, 22. Jg., Heft 2+3/2004, S. 9 – 24

Lütkes, Anne: Alter Hut mit neuen Federn, oder neue Zukunftsperspektive der Frauenpolitik? in: Gender-Mainstreaming, Dokumentation der Fachtagung am 12.10.2000, Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2001, S. 5 – 9

Merkel, Ina: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR, München 1990, S. 28 – 38

Metz-Göckel, Sigrid: Etikettenschwindel oder neuer Schritt im Geschlechter- und Generationenverhältnis? Zur Karriere des Gender Mainstreaming in Politik und Wissenschaft in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Heft 1 + 2, 2002, S. 11 – 25

Metz-Göckel, Sigrid: Gender Mainstreaming und Geschlechterforschung – Gegenläufigkeiten und Übereinstimmungen, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, 21. Jg., Heft 2+3/2003, S. 40 - 47

Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004



Müller, Ursula G. T.: Ob Männlein oder Weiblein, das macht bei uns keinen Unterschied, Vortrag über Gender Mainstreaming gehalten am 16.7.2003 an der Pädagogischen Hochschule Weingarten [www.ph-weingarten.de/homepage/faecher/frauen/vortrag/diskussionspunkte\\_ob\\_maennlein\\_oder\\_weiblein.html](http://www.ph-weingarten.de/homepage/faecher/frauen/vortrag/diskussionspunkte_ob_maennlein_oder_weiblein.html)

Müller, Ursula G. T.: Die Wahrheit über die lila Latzhosen, Gießen, 2004

Müller, Ursula G. T.: Berufliche Bildungs- und Beratungsarbeit für Frauen und Mädchen – auch nach mehr als 25 Jahren, im Zeitalter des Gender Mainstreaming, noch immer unerlässlich, Rede gehalten bei der 26-Jahr-Feier des Vereins zur beruflichen Förderung von Frauen e. V. am 8.7.2004 in Frankfurt/Main

Papier zur Grundsatzdiskussion, erstellt aus anderen Texten von Friederike, Karin, Leo, Margret, Stefanie, Gießen, o. J.

Pühl, Katharina: Neoliberale Paradoxien? Geschlechterspezifische Veränderungen durch sozialpolitische Reregulierungen als Herausforderungen feministischer Theorie, in: Zeitschrift für Frauenforschung & Geschlechterstudien, Jg. 22, Heft 2+3/2004, S. 40-50

Riedmüller, Barbara: Gleichstellungspolitik und der Umbau des Sozialstaats, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004, S. 257 – 272

Roth, Silke: Gender Mainstreaming – eine neue Phase der Frauenbewegung in Deutschland, in: Meuser, Michael/Neusüß, Claudia: Gender Mainstreaming – Konzepte – Handlungsfelder – Instrumente, Bonn 2004, S. 40 – 51

Runder Tisch Februar 1990, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR, München 1990, S. 164 – 165

Scheer, Rosie: Gender Mainstreaming: Ein politischer Coup oder das wahre Konzept zur Chancengleichheit? in: Gender Mainstreaming, Dokumentation der Fachtagung am 12.10.2000, Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel 2001, S. 10 – 17

Schenk, Christina: Das Experiment UFV – Erfahrungen, Tendenzen und Perspektiven der DDR-Frauenbewegung, in: Stiftung Mitarbeit Hg., Brennpunkt-Dokumentation Nr. 10, Bonn 1990: Deutschland – einig Mutterland? Die Öffnung – Aufbruch oder Rückschlag für Frauen, Beiträge zu einem Wochenendseminar für Frauen aus Ost und West vom 14.9. - 16.9.1990 in Rösrath bei Köln, S. 29 – 48

Schwarz, Gislinde: Aufbruch der Hexen, in: Kahlau, Cordula (Hg.): Aufbruch! Frauenbewegung in der DDR, München 1990, S. 8 -24

Stiegler, Barbara: Gender Mainstreaming – Postmoderner Schmusekurs oder geschlechterpolitische Chance? Argumente zur Diskussion Hrg. vom Wirtschafts- und sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abt. Arbeit und Sozialpolitik, Bonn, 2003

Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di): (Geschlechter-) Gerechte Leistungsvergütung – vom (Durch-) Bruch des Leistungsprinzips in der Entlohnung, Berlin, o. J. (vermutlich erschienen 2005 oder 2006)

von Wrangell, Ute: Gender Mainstreaming, Frauenbeauftragte, Gleichstellungsbeauftragte – wie passt das zusammen? in: Jansen, Mechthild M., Röming, Angelika und Rohde, Marianne (Hg.): Gender Mainstreaming - Herausforderung für den Dialog der Geschlechter, München, 2003, S. 49 – 75

Wunderlich, Petra: Frauen in der DDR – der Sozialismus und was davon geblieben ist, in: Stiftung Mitarbeit Hg., Brennpunkt-Dokumentation Nr. 10, Bonn 1990: Deutschland – einig Mutterland? Die Öffnung – Aufbruch oder Rückschlag für Frauen, Beiträge zu einem Wochenendseminar für Frauen aus Ost und West vom 14.9. - 16.9.1990 in Rösrath bei Köln, S. 58 – 67